

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

29.03.2023

Inhalt

EWN

1 Lesung zu AKW Rheinsberg <i>Ruppiner Anzeiger, 29.03.2023</i>	3
2 LNG auf Rügen: Warum das Projekt ein Millionen-Grab ist <i>Ostsee-Zeitung.de, 28.03.2023</i>	4
3 CDU-Wirtschaftsrat mahnt zum Erhalt der Atom-Option <i>DIE WELT, 29.03.2023</i>	5

 Ruppiner Anzeiger | 29.03.2023 | S. 3 Auflage: 3.714 | Reichweite: 11.759

Lesung zu AKW Rheinsberg

Neuruppin. Der Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen und die Fontane-Buchhandlung Neuruppin laden für den morgigen Donnerstag zu einer Lesung mit Historiker Sebastian Stude, der aus seinem Buch „Roter Strom“ vorträgt, ein. Los geht es um 19 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Deutschland steigt zum 15. April 2023 aus der Kernenergie aus. Fünfzig Jahre Anti-Atomkraft-Bewegung zeigen Wirkung. Die Katastrophen von Harrisburgh, Tschernobyl oder Fukushima haben unzählige Opfer gefordert. Grund genug, die Geschichte des AKW

Rheinsberg, des ersten deutschen Atomkraftwerkes, von den Anfängen in den Fünfzigern bis zu dem noch lange nicht abgeschlossenen Rückbau zu beleuchten. Die Kosten für den Rückbau wurden jüngst um 400 Millionen Euro auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Sebastian Stude widmet sich politischen, wirtschaftlichen, sozialen Aspekten, dem Wettlauf zwischen Ost und West und auch der Bedeutung eines solchen Großprojektes für eine ostdeutsche Randregion. „Genau dort gehört das Buch hin“, begründet Stude seinen Auftritt in der Fontanestadt Neuruppin.

 Ostsee-Zeitung.de | 28.03.2023 Andreas Meyer WEBLINK

LNG auf Rügen: Warum das Projekt ein Millionen-Grab ist

Zu Recht, meint OZ-Chefreporter Andreas Meyer. Denn das LNG-Terminal auf Deutschlands Urlaubsinsel Nummer eins macht keinen Sinn.

Der Standort direkt vor dem Ostseebad Sellin scheint vom Tisch, doch auch gegen die Alternative Mukran regt sich Widerstand auf Rügen.

Mukran. Im Sommer 2022 intervenierte die Landesregierung energisch beim Bund: Nicht nur an der Nordsee, sondern auch in MV sollten doch bitteschön neue LNG-Terminals gebaut werden. So wollte es das Kabinett um SPD-Ministerpräsidentin Manuela Schwesig. Und spätestens seit diesem Punkt scheint sich Geschichte zu wiederholen.

Als es um den Bau von Nord Stream 2 ging, setzte Schwerin alles daran, auf der energiepolitischen Landkarte Deutschlands weiterhin eine große Rolle zu spielen. Dass die Pipeline weder viele neue Jobs im Land schaffen würde, noch Gas der Energieträger der Zukunft sein würde – das dürfte damals allen klar gewesen sein. Beim Bau der LNG-Terminals drängelte das Land erneut. Dabei hat auch LNG keine große Zukunft. Wozu also noch Aber-Millionen in neue Terminals an Land oder eine neue Pipeline in der Ostsee investie-

ren?

Das Argument, die neue Bodden-Pipeline könnte auch in Zukunft für den Import von grünem Wasserstoff genutzt werden, ist mindestens fragwürdig. Ammoniak oder Methanol lassen sich viel leichter transportieren, sicherer aufbewahren und können ebenso komplett grün erzeugt werden.

Mehr Einsatz für Erneuerbare

Viel nachhaltiger für das Land wäre es, wenn die Ministerpräsidentin beim Ausbau der erneuerbaren Energien oder auch bei grünen Energieprojekten, wie sie zum Beispiel im Rostocker Seehafen geplant sind, genauso viel politisches Gewicht in die Waagschale werfen würde, wie sie es bei Projekten mit fossilen Energieträgern getan hat. Bei Nord Stream 2 und beim LNG-Terminal.

CDU-Wirtschaftsrat mahnt zum Erhalt der Atom-Option

Kurz vor Stilllegung der letzten deutschen Atomkraftwerke fordert der Unternehmerverband die Forschung an neuartigen Reaktoren

Während sich die Bundesregierung in der Stromerzeugung fast vollständig auf den Ausbau von Wind- und Solarkraft fokussiert, sehen Wirtschaftsvertreter die Notwendigkeit, die Option Atomkraft weiter offen zu halten. In einem Positionspapier zu seiner bevorstehenden Energieklausur am Donnerstag fordert der Wirtschaftsrat der CDU, "falls erforderlich, einen Weiterbetrieb der Kernkraftwerke über den April 2023 nicht auszuschließen". Auch müsse die Forschung an neuen Atom-Technologien verstärkt werden.

Die letzten drei deutschen Atomkraftwerke werden nach der Entscheidung der Bundesregierung in rund zwei Wochen unwiderruflich stillgelegt. Damit endet eine Ära, die vor 62 Jahren mit der Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Kahl südöstlich von Frankfurt (Main) begonnen hatte.

Über Jahrzehnte deckten die zeitweise 17 Atomkraftwerke knapp ein Viertel des deutschen Strombedarfs. Der Kampf gegen diese friedliche Nutzung der Atomkraft wurde zum Ursprung der Partei die Grünen, die heute in Regierungsverantwortung die deutsche Energiepolitik maßgeblich bestimmt. Nach seinem neuen energiepolitischen Positionspapier sieht der Wirtschaftsrat der CDU aber Chancen in einer neuen, vierten Generation von Kernkraftwerken. Die Forschung an diesen Anlagen müsse auch öffentlich gefördert werden.

"Kernkraftwerke dieses neuartigen Typs können inhärent sicher gebaut werden, sodass eine Kernschmelze physikalisch ausgeschlossen ist", heißt es in dem Papier, das WELT vorliegt: "Außerdem ist es ggf. möglich, mit diesen Anlagen die Restenergie aus den bisher als Atommüll bezeichneten Brennelementen zu nutzen und damit die Halbwertszeit der Reststoffe so deutlich zu senken, dass die Endlagerproblematik stark entschärft werden kann."

Der Wirtschaftsrat der CDU e. V. ist trotz seines Namens ein von der Partei und ihren Gremien unabhängiger

Interessenverband von Unternehmern. Er wurde 1963 auf Initiative des damaligen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard gegründet. Der Unternehmerverband mit rund 12.000 Mitgliedern versteht sich als "das ordnungspolitische Gewissen der Politik und als starke Stimme der Sozialen Marktwirtschaft".

Die Kernkraftwerke der IV. Generation befinden sich derzeit in der Entwicklung. Zu diesem Zweck haben sich 13 Staaten im "Generation IV International Forum" (GIF) zusammengeschlossen. Dazu gehören etwa Japan, USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada, Russland, Korea, China und die Schweiz. Der neue Reaktortypus soll 2030 einsatzbereit sein. Im Jahr 2030 soll Deutschland nach den Vorgaben des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zu 80 Prozent aus erneuerbaren Energien versorgt werden.

Der Rat empfiehlt zusätzlich, stärker in die Erforschung der Kernfusion einzusteigen. Im Gegensatz zur Atomspaltung in Akw soll mit dieser Technik Energie durch Verschmelzung von Atomen erzeugt werden. Als Mittel der Wahl gilt die Fusion von Wasserstoff-Isotopen. Langfristig und hochgradig strahlende radioaktive Abfälle fallen bei der Kernfusion nicht an. Weil die Kernfusion die Prozesse in der Sonne nachbildet, gilt diese Technik unter Forschern zuweilen als Spielart der Solarenergie. Grünen-Politiker sehen in der Technologie eine Form der Kernkraft und lehnen sie deshalb ab.

Zuletzt hatte etwa der Grünen-Politiker Anton Hofreiter gefordert, dass "Forschungsgelder, die derzeit im Milliardengrab Kernfusion versenkt werden und keinen nennenswerten Beitrag zum Klimaschutz leisten, umgewidmet werden in die Erforschung erneuerbarer Energien und Effizienztechnologien."

Deutschland engagiert sich bislang mit Forschungsinstituten, vor allem in München und Greifswald, an der Entwicklung der Kernfusion. Dazu zählt auch die europäisch koordinierte Beteiligung an dem internationalen Großexperiment ITER in Südfrankreich. Der

CDU-Wirtschaftsrat fordert "den Ausbau der Kernfusionsforschung durch die Bundesregierung, nicht nur mit bestehenden Großforschungseinrichtungen, sondern auch durch die Unterstützung von neuen, vielversprechenden Ansätzen wie zum Beispiel die laser-

basierte Trägheitsfusion". Diese relativ neue Fusions-technik wird weltweit von mehreren Dutzend staatlichen und inzwischen auch privaten Forschungsinitiativen vorangetrieben.